afrika süd
dossier



Wege der Selbstbestimmung: Queere Stimmen aus Afrika

Inhalt

3 EDITORIAL
Kein Zirkus, sondern Realität
Von *Sophie Koser.*

4 QUEERNESS IN AFRIKA
Zwischen Kriminalisierung und Mut
Von *Olive Okoro.*

5 QUEERER AKTIVIST MIRANDA AUS MOSAMBIK
„Mein Körper gehört mir“
Interview mit Choreograf *Yuck Miranda.*

7 SELBSTBESTIMMUNG UND KOLONIALES ERBE
Lehren aus Südafrika für das Selbstbestimmungsgesetz
Von *Thamar Klein.*

12 FRAGMENTE EINER QUEEREN UTOPIE
Wenn Kunst zum Akt des Widerstands und der Widerstandskraft wird
Von *Mumbya Katende.*

15 MISS DIVA – DER ERSTE TRANS-SCHÖNHEITSWETTBEWERB IN TOGO
Kyky, die Diva von unbestreitbarem Charme und beispielhaften
Von *Kyky Ladiva.*

17 EINST KÖNIGSMACHER
Das sich wandelnde Schicksal von Nigerias Yan Daudu
Von *Carl Collison.*

19 ZWISCHEN DEN ZEILEN DES GESETZES
Eine ghanaische Sicht auf Werden und Zugehörigkeit
Von *Gloria Quaye.*

21 REGENBÖGEN IM SCHATTEN
Eine Geschichte von Stärke und Widerstand
Von *Alexandra Munezero.*

23 CLIMATE JUSTICE
Von *Anonym.*

AFRIKA SÜD-DOSSIER:
WEGE DER SELBSTBESTIMMUNG:
QUEERE STIMMEN AUS AFRIKA
HG. VON ISSA, BONN, DEZEMBER 2025

Herausgeber:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369
E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Redaktion: Sophie Koser (V.i.S.d.P.)

Layout und Heftgestaltung: HUSS design

Titelbild:
Student*innen demonstrierten in Kapstadt
Foto: A. Hendricks (cc by-nd)

Rückseite:
Queeres Afrika (erstellt mit KI).

Dieses Projekt wurde durch Engagement Global – aus Mitteln des BMZ und des Landes Nordrhein-Westfalen – und den Katholischen Fonds gefördert.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Fördergeldgeber wieder.

Kein Zirkus, sondern Realität

INTERSEKTIONALITÄT, MACHT UND DAS RECHT AUF SICHTBARKEIT IN ZEITEN DES RECHTSRUCKS



Menschen feiern unter einer riesigen Regenbogenfahne während einer Pride-Parade (Foto: A. Hendricks (cc by-nd)

Zwar macht sich Friedrich Merz mit seiner Aussage Ende Juni, der Bundestag sei „ja nun kein Zirkuszelt", selbst zum Clown, doch seine Worte verraten weit mehr als eine unmögliche Metapher. Sie legen offen, wie tief die Abwehr gegenüber queerer Sichtbarkeit in der politischen Mitte verankert ist. Ein Nicht-hissen der Pride-Fahne am Bundestag, ist kein symbolischer Zufall. Es ist ein Ausdruck einer gesellschaftlichen Stimmung, welche Sichtbarkeit neuverhandelt und diese nicht zugunsten marginalisierter Menschen ausfällt.

Wir erleben in Deutschland einen deutlichen Rechtsruck, welcher sich nicht nur in Bundestagswahlen, sondern auch in Sprache, Symbolpolitik und gesellschaftlichen Klima zeigt. Immer häufiger sieht man rechte Parolen auf Aufklebern, Reichsfahnen an Hauswänden und Hakenkreuze auf Mauern. Städte verwandeln sich zu Symbolen des Hasses und dennoch behauptet der Bundeskanzler, es seien Menschen mit Migrationsgeschichte, die „Probleme im Stadtbild" sind? Mit solchen Aussagen liefert er dem rassistischen Diskurs Munition. Wenn also ein Bundeskanzler queere Sichtbarkeit als „Zirkus" abwertet und Menschen mit Migrationsgeschichte als visuelles Problem erklärt, werden zwei marginalisierte Gruppen angegriffen. Queere Menschen und Migrant*innen werden so zu Feindbildern einer Politik, welche auf Ausgrenzung statt Solidarität setzt.

Für Schwarze queere Menschen bedeutet das eine doppelte Abdrängung in den Schatten. Ihre Existenz steht an der Schnittstelle zweier Diskriminierungssysteme: Rassismus und Queerfeindlichkeit. Beide sind in Deutschland längst nicht überwunden, sondern erleben im Moment eine Renaissance, getarnt als „gesunder Menschenverstand", „Realpolitik" oder „zurück zu den Werten". Dies ist nichts anderes als der Versuch, Vielfalt wieder auf ein Minimum zu reduzieren.

Darum sind es gerade Schwarze queere Menschen, welche die Grenzen der deutschen Gesellschaft sichtbar machen: Grenzen der Zugehörigkeit, der Sichtbarkeit und der Sicherheit. Sie sind diejenigen, die auf der Straße beleidigt, in die Clubs nicht reingelassen und an Bahnhöfen kontrolliert werden. Wobei insbesondere bei Letzteren, die, die eigentlich für Schutz sorgen müssten, diejenigen sind, welche grausame Gewalt ausüben und morden. Dies zeigt zuletzt der erschütternde Fall vom 21-jährigen Lorenz, welcher im April in Oldenburg mit drei Schüssen brutal von hinten erschossen wurde. Leider handelt es sich hierbei nicht um einen Einzelfall.

Dieses Dossier über Queerness in Afrika soll nicht nur den Blick nach Außen richten, sondern Sichtbarkeit hier, für Schwarze queere Menschen, deren Lebensrealitäten allzu oft unsichtbar bleiben, schaffen. Der Kampf um Gerechtigkeit ist global, denn egal wo und wer von einer (ausgedachten) Norm abweicht, zahlt einen Preis. Deshalb braucht es einen Diskurs, welcher Intersektionalität in den Fokus nimmt und in dem Schwarze queere Stimmen nicht nur als Seltenheit, sondern als zentrales Wissen über Machtstrukturen gelten. Sie zeigen uns, dass es keine queere Emanzipation ohne Antirassismus gibt und Solidarität vielschichtig und weitreichend sein muss. Die Geschichten Schwarzer Queers machen sichtbar, was Intersektionalität bedeutet. Dieses Heft soll ein Bewusstsein schaffen, dass es kein „wir" geben kann, solange Schwarze queere Leben marginalisiert werden.

Vielleicht ist der Bundestag tatsächlich kein Zirkuszelt. Doch in einem Land, in dem queere Menschen um ihre Sichtbarkeit kämpfen müssen und Schwarze Körper als „Problem im Stadtbild" gelten, sollten wir hinterfragen, wer Zugang zur Manege hat, und wer gezwungen ist, am Rand zu stehen. Dieses Heft ist ein Aufruf, hinzusehen, gegen das Schweigen, Wegsehen und gegen die Gewöhnung an Ungerechtigkeit.

Sophie Koser

Queerness in Afrika

ZWISCHEN KRIMINALISIERUNG UND MUT
Von Olive Okoro

Über den afrikanischen Kontinent hinweg sind die Realitäten queeren Lebens so vielfältig wie der Kontinent selbst. Während einige Nationen beginnen, die Rechte von LGBTQIA+-Menschen anzuerkennen, bewegen sich andere in die entgegengesetzte Richtung, verschärfen Gesetze und vertiefen gesellschaftliche Stigmatisierung.

In Uganda wurde 2023 mit dem Anti-Homosexualitätsgesetz eines der härtesten Anti-LGBTQI+-Gesetze weltweit eingeführt, welches lebenslange Haft und sogar die Todesstrafe für „schwere Homosexualität" vorsieht. Das Gesetz rief weltweite Empörung hervor, doch seine eigentliche Wirkung zeigt sich leise, in Angst, Vertreibung, in Familien, die auseinandergerissen werden. Und dennoch bilden sich weiterhin Untergrundnetzwerke, die Rechtshilfe, Schutz und Solidarität anbieten.

Zur gleichen Zeit debattiert Ghana über einen ähnlichen Gesetzentwurf, der nicht nur gleichgeschlechtliche Beziehungen, sondern auch Fürsprache und Solidarität kriminalisieren will. Lokale Aktivist*innen betonen, dass solche Gesetze nicht nur moralische Bedenken, sondern Menschenrechtsverletzungen darstellen, die jahrelange demokratische Fortschritte zunichte machen könnten.

Am anderen Ende des Spektrums steht Botsuana als Symbol rechtlicher Fortschritte. 2019 entkriminalisierte der Oberste Gerichtshof des Landes gleichgeschlechtliche Beziehungen und bekräftigte damit das verfassungsmäßige Recht auf Frieden und Gleichheit. Namibia folgte 2023 mit einem Urteil, das im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen anerkannte. Dies ist ein kleiner, aber bedeutsamer Schritt hin zur rechtlichen Anerkennung. Auch Mauritius schaffte im vergangenen Jahr das kolonialzeitliche Verbot gleichgeschlechtlicher Beziehungen ab und schloss sich damit einer wachsenden Zahl afrikanischer Länder an, die neu definieren, was Freiheit bedeutet.

Doch rechtliche Siege bedeuten nicht automatisch gesellschaftliche Akzeptanz. In Südafrika, dem ersten afrikanischen Land, das die gleichgeschlechtliche Ehe legalisierte, bestehen Hassverbrechen und soziale Ausgrenzung fort und verdeutlichen die Kluft zwischen den vermeidlichen Rechten und der tatsächlichen Sicherheit. Dennoch inspirieren die lebendigen Pride-Paraden, die Drag-Kultur und die queere Kunstszene des Landes weiterhin Menschen auf dem gesamten Kontinent.



Gesesetzeslage Homosexualität in Afrika

Sexuelle Handlungen gleichgeschlechtlicher Partner *innen Legal

- Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen Legal
- Andere Partnerschaftsformen (odern nicht eingetragene Lebensgemeinschaften) anerkannt
- Eingeschränkte Anerkennung (Aufenthaltsrechte für Ausländer*innen)
- Keine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare

Sexuelle Handlungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen Illegal

- Nicht vollstrechte Haftstrafe
- Verhaftung, Inhaftierung oder Gefängnisstrafe
- Nicht vollstreckte Todesstrafe
- Bis hin zur Todesstrafe

Auch in Ländern, in denen Stigmatisierung noch immer stark ausgeprägt ist, nimmt die Sichtbarkeit von queeren Menschen zu. In Kenia stellen queere Filmemacher*innen mit Geschichten wie „Rafiki" Normen in Frage. Drag-Performer*innen an der Elfenbeinküste schaffen neue Räume für Ausdruck und Zugehörigkeit. Diese kulturellen Bewegungen, auch wenn sie oft auf Widerstand stoßen, zeugen von einer stillen Revolution, getragen von Kunst, Gemeinschaft und Mut.

Der Kampf queerer Menschen in Afrika lässt sich nicht allein durch Gesetze definieren. Er manifestiert sich in der gelebten Realität, im Spannungsfeld zwischen Angst und Freiheit, Schweigen und Sprechen. Jede Geschichte, ob von Verfolgung oder Stolz, offenbart, wie Queerness weiterhin afrikanische Identität prägt, herausfordert und neu definiert.

Zu lange konzentrierten sich westliche Narrative ausschließlich auf das Leid. Doch die Wahrheit ist komplexer: Queerness in Afrika ist Protest und Präsenz zugleich, Trotz und Freude. Der Kampf für Gleichberechtigung dauert an, aber ebenso die Feier des Daseins.

Olive Okoro ist die Gründer*in von Queer Motherland, einer globalen Initiative, die sich für LGBTQ+-Afrikaner*innen einsetzt.

Statistik: Wikimedia

Queerer Aktivist Miranda aus Mosambik

„MEIN KÖRPER GEHÖRT MIR“

Choreograf Yuck Miranda über LGBT-Aktivismus in Mosambik, in ganz Afrika und seine Hoffnung auf Veränderungen. Ein Interview von Fabian Scheuermann.

Ein milder Abend im Frankfurter Westend. Yuck Miranda nimmt sich am Tag nach einer seiner Tanzaufführungen Zeit für ein Gespräch auf einer Parkbank. Ein Theatermitarbeiter, der Portugiesisch und Englisch spricht, übersetzt.

Einer Umfrage von 2021 zufolge liegt Mosambik beim Thema „Toleranz gleichgeschlechtlicher Beziehungen“ im kontinentalen Vergleich recht weit vorn – auf Platz fünf von 34 untersuchten afrikanischen Ländern. Die Hälfte der Befragten gab demnach an, homosexuelle Beziehungen zu tolerieren. Spiegelt das Ihre Lebensrealität wider?

Ja, ich habe den Eindruck, dass wir da in Mosambik ganz klar in einer privilegierten Situation sind, wenn man es mit der Lage in vielen anderen afrikanischen Ländern vergleicht. Aber den Begriff „Toleranz“ muss ich hinterfragen. Wovon reden wir da? Und wo liegen die Grenzen der Toleranz? Auch in Mosambik zum Beispiel ist es ein Teil der Realität, dass queere Menschen von der Mehrheitsgesellschaft irgendwie als antagonistisch angesehen werden. Auf der anderen Seite gibt es LGBT-Aktivist:innen, die sich sehr bemühen, an ganz verschiedenen Fronten in die Gesellschaft hineinzuwirken. Die machen da wirklich einen guten Job. Wir haben heute etwas mehr Vielfalt als in der Vergangenheit. Auch wegen des Drucks der Aktivist:innen, wegen der erhöhten Sichtbarkeit der Community.

Von welchen „Fronten“ sprechen Sie?

In der Vergangenheit ging es vielen der in dem Bereich Engagierten vor allem um das Thema Gesundheit, und da vor allem um Aids. Heute gibt es viele unterschiedliche Fronten, an denen wir uns in Mosambik engagieren. Zum Beispiel am Arbeitsplatz, wo es um Empowerment geht. Es gibt auch LGBT-Frauen und Transpersonen, die sich engagieren. Oder man bringt sich – so wie ich – im Bereich der Kunst ein. Ich nutze Kunst, um Diskussionen in Gang zu bringen. Um neuen Narrativen Raum zu geben.

Wie lautet denn das bisherige Narrativ?

Wer in Afrika an LGBT denkt, denkt oft immer noch an Krankheiten, vor allem an Aids. Das ist ein altes Narrativ. Wir versuchen, dieser simplen Erzählung etwas entgegenzusetzen.

Immer wieder kommt das Argument auf, Homosexualität sei „unafrikanisch” – etwas, das die westlichen Kolonialmächte auf den Kontinent gebracht hätten. Was entgegnen Sie denen, die so sprechen?

Man muss nur etwas tiefer in die Geschichte des Kontinents einsteigen, um zu sehen, dass natürlich auch hier schon immer queere Menschen existiert haben. Intellektuelle führen die Menschen bei dem Thema ganz bewusst in die Irre. Die Frage, die wir uns stellen sollten, ist die: Warum haben so viele afrikanische Staaten, als sie unabhängig wurden, einfach die homophoben, diskriminierenden europäischen Gesetze kopiert? Aber diese Analyse wollen die meisten Leute nicht machen. Sie wollen sich nicht mit dieser Wahrheit konfrontieren.

Auf Ihrem Instagram-Account sind Bilder eines offen queeren Festivals in Maputo zu sehen, das Sie seit 2022 organisieren – Ulayo. Einige Veranstaltungen finden im Centro Cultural Moçambique-Alemanha oder dem Centro Cultural Franco Moçambicano statt.

Diese europäischen kulturellen Zentren sind wichtig für uns. Wir hatten bei der Organisation unseres Festivalprogramms zum Beispiel auch Unterstützung von der EU-Delegation in Mosambik. In kulturelle Zentren zu gehen, das ist auch eine bewusste Strategie. Alle möglichen Personen können dorthin gehen und man kommt in Kontakt miteinander. Das ist wichtig.

Sie wurden auch schon bedroht. Wie frei können Sie in Mosambik Ihre Meinung sagen?

(atmet tief durch) Das ist eine große Frage. Ich möchte sie so beantworten. Es gibt etwas und das sehe ich an vielen anderen Orten der Welt auch: Queere Menschen mit Privilegien werden in ihren jeweiligen Blasen geschützt. Nicht so die weniger Privilegierten, die verletzlicheren Personen in unseren Gesellschaften. Über die spricht niemand. Deshalb versuche ich, diesen Menschen mit meiner Arbeit eine Stimme zu geben.

Wie machen Sie das?

Zum Beispiel, indem ich eine Performance erschaffe, in der ich Storytelling nutze. Und in meiner Arbeit als Direktor der Ulayo-Plattform in Maputo gebe ich anderen queeren Kunstschaffenden die Möglichkeit, dort aufzutreten. Auf ihre jeweilige Art erzählen sie uns so ihre Geschichten.

In Frankfurt haben Sie bei einer Gast-Residenz neulich ein Stück mit viel nackter Haut aufgeführt, von dem Sie sagen, dass Sie es so zu Hause nicht hätten aufführen können.

Ich denke, dass es dort eines Tages gezeigt werden kann. Aber nicht jetzt. In Mosambik passiert gerade viel. Und dieses Stück, das Sie ansprechen, passt nicht zu diesem konkreten Moment in unserer Geschichte.

Sie meinen die großen Proteste gegen die Regierung 2024 und 2025, bei denen es auch viele Tote gab …

… ich meine die Situation generell. Mein Stück handelt davon, dass diese unterschiedlichen Arten zu lieben schon immer da waren, dass sie eben nicht von Europa gekommen sind. Das Problem ist nicht, dass ich dieses Stück in Mosambik nicht aufführen könnte. Das Problem sind die Auswirkungen, die eine solche Aufführung haben könnte. In einer homophoben Gesellschaft wird vieles banalisiert. Und ich möchte das, was wir aufgebaut haben, nicht kaputt machen. Zum Beispiel sagen manche Leute, dass unser Kulturfestival eine Art Pride-Veranstaltung sei. Ich sage dann immer: Ich glaube nicht. In Maputo hat die LGBT-Community auch keine Pride-Parade organisiert – sondern einen Fünf-Kilometer-Lauf. Aber es war ein Lauf mit Flaggen (lacht). Das ist eine Strategie. Wir müssen den Kontext verstehen, in dem wir agieren – Vorgehensweisen aus anderen Ländern zu kopieren, kann da gefährlich sein. Vor allem für Leute, die nicht in großen Städten leben. In Maputo gay zu sein ist etwas anderes, als gay im Rest des Landes zu sein.

In vielen afrikanischen Ländern sind LGBTQ-Communitys mit strengen Gesetzen konfrontiert. Mancherorts werden sie sogar verschärft: In Burkina Faso kann schwuler oder lesbischer Sex künftig mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden. Mosambik gilt da wie die meisten Länder im südlichen Afrika als vergleichsweise liberal.

Ja, aber ein Gesetz von 2007, das Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von sexueller Orientierung verboten hatte, wurde 2024 aufgehoben. Das ist ein Rückschritt. Was kann ich Ihnen in diesem Gespräch sagen und was nicht? Deshalb sage ich: „Toleranz ist ein gefährlicher Ort". Ich erinnere mich an eine Konferenz in Kapstadt vor ein paar Jahren mit queeren Künstler:innen vom ganzen Kontinent. Dort habe ich gesagt: Ein Papier, das von einer Regierung unterschrieben ist, das ist nicht genug. Ein Gesetz, das braucht konkrete Aktionen, das muss gelebt werden. Ein Aktivist aus Uganda meinte danach zu mir, dass ihn dieser Satz traurig gemacht habe. Denn er kämpft in seiner Heimat mit aller Kraft gegen harte Anti-LGBT-Gesetze und zunächst für mehr Freiheit auf dem Papier.

Aber in Mosambik kann ein queeres Kulturfest gefeiert werden – in Uganda nicht.

Ja, das stimmt. Aber bei uns geht das auch nur, weil wir ein Kulturfestival machen. Ein Ort der Kunst, das ist ein Ort der Freiheit. Aber auch da gibt es Rückschritte. Wir haben zum Beispiel in diesem Jahr nicht mehr die institutionelle Unterstützung unterhalten, die es noch in den vergangenen Jahren gab. Zum Beispiel die der EU.

Schauen wir mal nach Lateinamerika. Dort haben sich die Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten stark geöffnet, queere Menschen dort haben heute deutlich mehr Rechte als früher. Vielerorts ist mittlerweile gar die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt. Auch in Namibia und Botswana scheint die Entwicklung in diese Richtung zu gehen. Macht Ihnen das Hoffnung?

Ja, ich glaube, wir werden Veränderung haben. Nehmen Sie doch zum Beispiel den Fakt, dass ich hier und heute mit Ihnen über dieses Thema sprechen kann. Dank meiner Großeltern, die mich adoptiert haben, bin ich mit Kultur aufgewachsen. Das hat mich Freiheit gelehrt. Und die ist nicht verhandelbar. Ein befreundeter Künstler sagt immer: Dein Körper ist ein politischer Körper. Ich antworte dann: Ich weiß nicht (lacht). Aber es ist auf jeden Fall ein freier Körper. Er gehört nicht dem Staat – er gehört mir.

Yuck Miranda, 32, aus Mosambik, ist künstlerisch an der Schnittstelle zwischen Theater, Tanz und Performance tätig. In den Werken Mirandas geht es um Gleichstellung, queere Kontinuitäten und Dekolonialisierung.
Im Rahmen von „Frankfurt Moves!" – einem Residenzprogramm für Darstellende Künste der KfW Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Frankfurt LAB. – arbeitete Miranda im Spätsommer mehrere Wochen in Frankfurt.

Das Interview entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau vom 18.11.2025
https://www.fr.de/politik/mir-queerer-aktivist-miranda-aus-mosambik-mein-koerper-gehoert-94040544.html



*Aktivist*innen fordern ein Ende von Queerfeindlichkeit und machen die Stimmen marginalisierter Communities sichtbar. Foto: A. Hendricks (cc by-nd)*

Selbstbestimmung und koloniales Erbe

LEHREN AUS SÜDAFRIKA FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ
Von Thamar Klein

Südafrika nimmt innerhalb der globalen LGBTIQ+-Bewegung eine paradoxe Rolle ein. Das Land verfügt mit seiner Verfassung von 1996 über eine der weltweit fortschrittlichsten Rechtsgrundlagen. Artikel 9(3) verbietet ausdrücklich Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Dennoch prägen Gewalt, soziale Ausgrenzung und der Kampf um grundlegende Rechte den Alltag vieler queerer Menschen, insbesondere den von trans* und inter* Personen.

Diese Widersprüche sind Resultat eines fortdauernden kolonial-patriarchalen Erbes, das sich tief in der Post-Apartheid-Demokratie verankert hat. Externe Einflussnahmen aus dem globalen Norden verschärfen diese Strukturen: Laut Recherchen von *openDemocracy* haben über 20 christliche US-Organisationen seit 2007 zusammen mindestens 54 Millionen US-Dollar in afrikanische Länder, darunter Südafrika, investiert, um gegen queere Rechte sowie den Zugang zu sicherer Abtreibung und umfassender Sexualaufklärung vorzugehen. Diese Akteur*innen finanzieren nicht nur Projekte, sondern laden regelmäßig Parlamentarier*innen und Kirchenvertreter*innen aus dem südlichen Afrika zu Seminaren und Netzwerktreffen in die USA ein, um anti-queere Politiken zu fördern.

Auch deutsche Organisationen sind beteiligt: Die *Süddeutsche Zeitung* weist nach, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bis 2024 indirekt ein Lobbyvorhaben der katholischen Bischofskonferenz Kenias (KCCB) unterstützte, das auf verschärfte Strafgesetze gegen Homosexualität drängt. Rund 250.000 Euro flossen nach Kenia, um homofeindliche Gesetze zu fördern.

Die Verfassungsverankerung: explizit und doch unvollständig

Ein zentrales globales Problem besteht darin, dass Rechtssysteme weiterhin auf einem unreflektierten binären Geschlechtermodell beruhen, das inter* und nicht-

binäre Identitäten ausschließt. Südafrika nahm hier eine Vorreiter*innenrolle ein: Als erstes Land erweiterte es die verfassungsrechtliche Definition von „Geschlecht" um Intergeschlechtlichkeit und schloss die bis dahin bestehende Lücke durch den Promotion of Equality and Prevention of Unfair Discrimination Act (Equality Act, Act 4 of 2000).

Damit sollten Entrechtungen intergeschlechtlicher Personen verhindert werden, wie sie etwa im US-amerikanischen Urteil Wilma Wood v. C.G. Studios, Inc. (1987) sichtbar wurden. Das Gericht entschied damals endonormativ, dass der Begriff „Geschlecht" nur Frauen und Männer erfasse. Die klagende intergeschlechtliche Person sei daher nicht durch Antidiskriminierungsgesetze geschützt – eine juristische Logik, die die Existenz Wilma Woods schlicht leugnete.

Unter dem Eindruck solcher Urteile erweiterten südafrikanische Aktivist*innen – darunter Sally Gross, Estian Smit und Simone Heradien – den juristischen Geschlechterbegriff grundlegend. Sie trugen ebenfalls maßgeblich zur Reform des Alteration of Sex Description and Sex Status Act (Act 49 of 2003) bei. Dieser sah ursprünglich eine Zwangssterilisation und ein chirurgisches Attest für eine rechtliche Änderung des Geschlechtseintrags vor. Heute genügt ein ärztliches Attest über eine Veränderung der Geschlechtsmerkmale – wobei „ärztlich" auch indigene Spezialist*innen einschließt. Ebenso wurde der Begriff der „Veränderung der Geschlechtsmerkmale" erweitert: Er umfasst nun hormonelle, körperliche und soziale Ausdrucksformen von Geschlecht – etwa Kleidung, Prothesen oder andere Mittel des Selbstausdrucks.

Theoretisch müsste damit jede Behandlung durch indigene Spezialist*innen, die die Art und Weise verändert, wie eine Person ihre Geschlechtsidentität sozial ausdrückt, anerkannt werden. In der Praxis jedoch bleibt die Anerkennung medizinisch verengt. Die Medikalisierung von Geschlechtsidentität reproduziert ein koloniales Wissenssystem, das Geschlecht an Körperlichkeit bindet und fluide oder spirituelle Verständnisse systematisch ausschließt. Die Anforderung medizinischer „Evidenz" trägt so die koloniale DNA jenes Blicks, mit dem europäische Mächte afrikanische Geschlechtervielfalt unterdrückten. Dem gegenüber fordern die Yogyakarta-Prinzipien Selbstbestimmung ohne medizinische Vorbedingungen.

Diese medizinalisierte Logik hat weitreichende soziale Konsequenzen. (Stark limitierte) Operationen im öffentlichen Gesundheitswesen sind mit extremen Wartezeiten verbunden, während sie in privaten Kliniken schneller, aber zu hohen Kosten verfügbar sind. Damit haben vor allem wohlhabende Personen in städtischen Zentren wie Kapstadt, Johannesburg und Durban Zugang zu diesen. Trans* und inter* Menschen aus ländlichen Regionen bleiben weitgehend ausgeschlossen. So bleiben medizinische Eingriffe und hormonelle Behandlungen ein Privileg der hauptsächlich *weißen* städtischen Mittel- und Oberschicht. Die große Mehrheit der trans* und inter* Menschen in Südafrika verfügt nicht über diesen Zugang – nicht zuletzt, weil sie überproportional von Armut und struktureller Diskriminierung betroffen sind.

Trotz ihrer progressiven Rhetorik bleibt die südafrikanische Gesetzgebung damit kolonial geprägt. Sie orientiert sich an binären und endo-cis-heteronormativen Geschlechternormen, die während der Kolonialzeit eingeführt wurden. Auch die Kategorien trans* und inter* sind schlussendlich Konzepte des Globalen Nordens. Diese Rechtsrahmen, ursprünglich geschaffen zur Durchsetzung kolonialer Macht- und Wissenshierarchien, lassen bis heute viele indigene und kulturell vielfältige Geschlechterrealitäten unsichtbar bleiben.

So erzwingt etwa der Alteration of Sex Description and Sex Status Act (2003) weiterhin eine binäre Eintragung („männlich" oder „weiblich") und verlangt medizinische Gutachten – ein Erbe pathologisierender Kolonialpraktiken, die Körper nach eurozentrischen Normen disziplinieren. Damit werden nicht nur historisch gewachsene afrikanische Geschlechterkonzepte ignoriert, sondern auch gegenwärtige nicht-binäre Lebensrealitäten marginalisiert. Solche Gesetze wirken als Form epistemischer Gewalt: Sie zwingen diverse kulturelle Realitäten in ein koloniales Raster universeller, staatlich regulierter „Identitäten" – und marginalisieren jene, die sich außerhalb der Kategorien verorten. Selbst scheinbar reformierte Paragraphen werden so zu Instrumenten neokolonialer Wissenshegemonie, die lokale Kosmologien der Geschlechtervielfalt entwerten. Solange juristische Neuorientierungen nicht auch die Definitionsmacht über Körper und Identität an lokale Communities zurückgeben, bleiben sie unvollständig – und dekoloniale Befreiung ein leeres Versprechen.

Antidiskriminierung: vertikale versus horizontale Gewalt

Ein strukturelles Problem lag lange in der Konzeption des Antidiskriminierungsschutzes: Er galt primär als Schutz gegen staatliche Diskriminierung, nicht gegen Diskriminierung durch Privatpersonen. In einer Gesellschaft mit starken sozialen Ungleichheiten wie Südafrika bedeutete dies, dass Hassverbrechen, familiäre Ablehnung, Diskriminierung im Alltag und sexualisierte Gewalt rechtlich weniger berücksichtigt wurden als staatliche Diskriminierung.

Der 2024 verabschiedete *Hate Crimes and Hate Speech Act* stärkte den Schutz durch explizite Nennung von Geschlecht, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmalen. Damit wurde der Schutz

für trans*, inter* und nicht-binäre Personen wesentlich verbessert. Auch hier waren maßgeblich zivilgesellschaftliche und aktivistische Organisationen beteiligt, insbesondere aus der LGBTIQ+- und Menschenrechtsszene. Die Arbeit von Organisationen wie Iranti, GenderDynamiX, Access Chapter 2, The Hate Crimes Working Group, OUT LGBT Well-being, Triangle Project, SECTION27, Forum for the Empowerment of Women (FEW) und vielen anderen umfasste jahrelange Recherche, Opferunterstützung und politische Lobbyarbeit.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Acts äußerten insbesondere fundamentalistisch-christliche Interessensvertretungen wie Freedom of Religion South Africa (FOR SA) Kritik an dessen Umsetzung und Ausgestaltung. Die Organisation sieht durch das Gesetzes ihre Religions- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Zugleich steht FOR SA selbst in der Kritik, unter Berufung auf Religionsfreiheit diskriminierende Haltungen zu fördern. FOR SA hat unter anderem öffentliche Auftritte und juristische Unterstützung für Personen oder Gruppen bereitgestellt, die durch Äußerungen oder Handlungen gegen LGBTIQ+-Personen negativ auffielen.

Sexualisierte Hasskriminalität und geschlechtliches Policing als koloniale Kontinuität

Die Wichtigkeit eines Gesetzes zu Hassverbrechen und Hassrede wird nicht zuletzt durch die alltägliche Gewalt sichtbar. Unter dem verharmlosenden Begriff „corrective rape“ werden Vergewaltigungen queerer Menschen in Südafrika zusammengefasst, die aus Hass und mit dem Ziel stattfinden, sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität zu „korrigieren“.

Statistische Daten sind aufgrund systematischer Untererfassung lückenhaft, doch selbst die verfügbaren Daten sind bereits alarmierend: Laut einem Bericht von Luleki Sizwe, einer Hilfsorganisation für vergewaltigte Frauen* im Western Cape, werden in Kapstadt mehr als zehn lesbische Frauen pro Woche aus Homofeindlichkeit vergewaltigt. Verschiedenen Quellen zufolge, die sich auf jeweils die letzten zehn Jahre vor ihrer Publikation beziehen, wurden mindestens 31 Morde an lesbischen und 59 Morde an trans* und inter* Personen als Hassverbrechen erfasst – ein Mord alle sechs Wochen. Morde an schwulen Männern sind hierbei noch nicht mitgezählt.

Diese Gewalt ist Ausdruck anhaltender rassistischer, patriarchaler und endo-cis-heteronormativer Herrschaft, tief verknüpft mit Apartheid, Kolonialismus und sozialer Ungleichheit. Besonders betroffen sind BIPoC. Die Gewalt dient der Kontrolle und Disziplinierung queerer rassifizierter Körper und Identitäten.

Polizei und Justiz versagen dabei vielfach: Überlebende berichten von sexualisierter Gewalt durch Beamt*innen, fehlende Unterstützung und Skepsis. Diese sekundäre Viktimisierung ist Muster, nicht Ausnahme.

Widerstand und transnationale Solidarität

Trotz der allgegenwärtigen Gewalt haben südafrikanische trans* und inter* Aktivist*innen nicht nur überlebt, sondern Räume der Würde, des Lernens und des kollektiven Handelns geschaffen – Räume, in denen alternative Formen von Selbstbestimmung und Gemeinschaft praktisch erprobt werden.

Im November 2024 fand mit der ILGA World Conference in Kapstadt – ausgerichtet von den südafrikanischen Menschenrechtsorganisationen Iranti und Gender DynamiX – erstmals seit 25 Jahren wieder eine globale LGBTIQ+-Konferenz auf dem afrikanischen Kontinent statt. Unter dem Motto „Kwa Umoja – we rise!“ (frei übersetzt: „Gemeinsam erheben wir uns“) betonte sie die Kraft von Solidarität als notwendige Bedingung, um Diskriminierung und Unterdrückung zu überwinden. Das Logo, dessen zentrales Element ein Baobab-Baum ist, steht sinnbildlich für Standhaftigkeit und Verwurzelung in lokalen Kulturen und Geschichten – mit direktem Bezug zu vorkolonialer afrikanischer Symbolik. Auf diese Weise setzte die Konferenz zugleich ein deutliches Zeichen für dekoloniale Perspektiven und die Vielfalt afrikanischer Erfahrungen.

Diskutiert wurde unter anderem, wie das koloniale Erbe und postkoloniale Machtstrukturen sich bis heute in der Diskriminierung und Unsichtbarmachung queerer Menschen im Globalen Süden manifestieren. Teilnehmer*innen kritisierten, dass viele internationale queere Bewegungen und Menschenrechtsinitiativen noch immer stark von *weißen* Organisationen des Globalen Nordens dominiert werden, wodurch Stimmen und Prioritäten von Aktivist*innen aus dem Süden häufig übergangen oder instrumentalisiert würden. Echte Solidarität, so der Tenor, könne nur dann gelingen, wenn postkoloniale Perspektiven ernst genommen, lokale Kontexte berücksichtigt und Betroffene selbst an Entscheidungen über Strategien und Ressourcen beteiligt werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf die oftmals hohen bürokratischen Hürden bei der Mittelvergabe durch Geber*innenorganisationen des Nordens, die Initiativen im Süden benachteiligen. Der Abbau dieser Barrieren und die Forderung nach einem dezidiert dekolonialen Ansatz internationaler Solidarität gehörten zu den zentralen Anliegen der Konferenz.

Zugleich wurde betont, wie wesentlich es ist, globale queere Kämpfe als miteinander verflochten zu begreifen und

dennoch die unterschiedlichen historischen, sozialen und kolonialen Bedingungen sichtbar zu halten. Aus dekolonialer Perspektive erscheint Queerness dabei nicht nur als Identitätskategorie, sondern als umfassendes Projekt des Widerstands gegen endo-cis-hetero-patriarchale, kapitalistische und rassifizierte Machtordnungen. Queere Aktivist*innen in Südafrika führen ihre Kämpfe deshalb in enger Verbindung mit Auseinandersetzungen gegen Armut, Rassismus, Ableismus und Misogynie. Für eine Schwarze trans* Frau in einem Township bedeutet der Kampf um Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität zugleich das Ringen um körperliche Unversehrtheit, materielle Sicherheit, Gesundheitsversorgung und soziale Bindungen – untrennbare Dimensionen ihres Lebens.

Im Gegensatz dazu behandeln viele LGBTIQ+-Bewegungen des Globalen Nordens Geschlechtlichkeit oft als isolierte Frage individueller Identität, losgelöst von materiellen Lebensbedingungen und rassifizierten Machtverhältnissen. Südafrikanische queere, trans* und inter* Aktivist*innen setzen dem ein bewusst intersektionales Verständnis entgegen: Für sie ist Queerness untrennbar mit Anti-Rassismus, Anti-Klassismus und anderen sozialen Kämpfen verbunden. Damit wird der Einsatz für Gleichheit und Freiheit stets als ganzheitliches, historisch und sozial verankertes Projekt verstanden.

Kritische Perspektiven auf das deutsche Selbstbestimmungsgesetz: Dekoloniale Impulse aus dem Süden

Das im November 2024 in Deutschland in Kraft getretene „Selbstbestimmungsgesetz“ (SBGG) wird vielerorts als Meilenstein gefeiert. Aus trans* und inter*-Perspektiven ist die Kritik jedoch deutlich: Zwar ersetzt das Gesetz das diskriminierende Transsexuellengesetz, zugleich reproduziert es zentrale Machtasymmetrien.

Die neue „Erklärungslösung“ beim Standesamt wirkt auf den ersten Blick progressiv, verlagert die Macht aber lediglich von medizinischen zu staatlichen Institutionen. Die geforderte eidesstattliche Versicherung und die sogenannte „Reflexionsphase“ schaffen neue bürokratische Hürden – insbesondere für prekarisierte, geflüchtete oder nicht-deutschsprachige Personen. Auch die vorgeschriebene Sperrfrist von einem Jahr zwischen zwei Änderungen des Geschlechtseintrags drückt weiterhin ein institutionelles Misstrauen gegenüber den Antragstellenden aus. Der Staat tritt damit weiterhin als Gatekeeper auf: Er erleichtert zwar die behördliche Änderung des Geschlechtseintrags, bindet sie jedoch an administrative Verfahren, Fristen und potenziell missbrauchsanfällige Prüfmechanismen. Hinzu kommen erhebliche Datenschutzprobleme, die ein erhöhtes Risiko des Zwangs-Outings bergen.

Besonders umstritten ist das „Schutzargument“ des Gesetzgebers für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. Sie benötigen weiterhin die Zustimmung ihrer Sorgeberechtigten. Wo diese verweigert wird – etwa bei trans* Jugendlichen in queerfeindlichen Familien – wird das Gesetz zum Instrument der Kontrolle statt des Schutzes. Es stärkt das elterliche Vetorecht, nicht die Selbstbestimmung der Jugendlichen.

Die gesetzlich fixierte „Selbsterklärung“ erweist sich damit als administrativ domestiziert – Selbstbestimmung bleibt verwaltet.

Aus dekolonialer Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern ein Gesetz, das die Definitionsmacht über Geschlecht weiterhin in staatlichen Händen belässt, überhaupt emanzipatorisch sein kann. Echte Selbstbestimmung bedeutet nicht die Anpassung marginalisierter Identitäten an bestehende Kategorien, sondern die Infragestellung und Transformation des gesamten Systems, das diese Kategorien hervorbringt. Südafrikanische Aktivist*innen betonen, dass dekoloniale Geschlechterpolitik über juristische Anerkennung hinausgeht – hin zur Rückgewinnung epistemischer und spiritueller Souveränität: des Rechts, Wissen über Körper, Identität und Zugehörigkeit selbst zu definieren. Diese Dimension bleibt in der deutschen Gesetzgebung unsichtbar.

Gerade im deutschen Kontext fehlt zudem oft der intersektionale Blick. Fragen der Geschlechtsidentität werden selten mit Rassismus, Klassismus oder Kolonialität zusammengedacht. BIPoC, geflüchtete und behinderte trans* und inter* Personen erfahren Diskriminierungen in komplexer Verschränkung und stellen, ähnlich wie Aktivist*innen im südlichen Afrika, die grundlegende Frage: Wer darf sich selbst definieren, und wessen Selbst wird vom Staat überhaupt anerkannt? Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, etwa mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung, bleiben vom Gesetz ausgeschlossen.

Auch die Vorgabe, der gewählte Name müsse „geschlechtsgerecht“ sein, zeigt, wie normativ das Gesetz bleibt. Es unterstellt universalisierbare Kriterien für „weibliche“ oder „männliche“ Namen und marginalisiert Personen, deren Namen dieser binären Logik nicht entsprechen. Für nicht-binäre Menschen reduziert sich die Auswahl auf einen kleinen Pool offiziell als „androgyn“ zugelassener Namen.

Geschlechtsregistrierungen als koloniales Erbe?

Die bisherige Kritik am Selbstbestimmungsgesetz führt zu einer grundlegenderen Frage: Brauchen wir staatliche Geschlechtseinträge überhaupt, um Diskriminierung wirk-

sam zu bekämpfen – zumal das Gesetz bereits vorsieht, den Eintrag offenzulassen? Welche Alternativen sind denkbar, die Diskriminierungsschutz sicherstellen, ohne Identität staatlich zu verwalten? Und müssten staatliche Geschlechtsregistrierungen nicht vielmehr als koloniales Erbe kritisch überprüft und möglicherweise abgeschafft werden?

Die systematische und flächendeckende Erfassung des Geschlechts begann in Deutschland erst mit der Einführung der staatlichen Standesämter im Deutschen Reich am 1. Januar 1876. Zwar existierten davor bereits einzelne Regelungen, sie blieben jedoch regional begrenzt und rechtlich uneinheitlich. So enthielt das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 den sogenannten „Zwitterparagrafen", der vorsah, dass bei uneindeutiger Geschlechtszuordnung die Eltern das Geschlecht bestimmten – eine Entscheidung, die die betroffene Person später selbst ändern konnte.

Interessanterweise gab es die ersten „überseeischen" Besitzansprüche schon vor der flächendeckenden Erfassung von Geschlecht. Brandenburg-Preußen errichtete 1683 die Kolonie „Groß Friedrichsburg" am Golf von Guinea im Gebiet des heutigen Ghana – durch militärischen Druck, diplomatische Manöver und Täuschung gegenüber lokalen Herrscher*innen. Die Kolonialisierung war eng mit dem Handel versklavter Menschen, Ausbeutung und Gewalt verbunden. Ghana bietet in diesem Zusammenhang ein prägnantes Beispiel für die Zerstörung weiblicher politischer Machtpositionen. Vor der Kolonisierung konnten Frauen dort politische Ämter bekleiden und als Herrscherinnen regieren. Eine Reihe von Gesellschaften und Königreiche der Region folgten matrilinearen Prinzipien, in denen Frauen zentrale soziale und politische Rollen innehatten – ein System, das durch koloniale Herrschaft nachhaltig untergraben wurde.

Koloniale Herrschaft war eng mit rassistischen und geschlechtlichen Kontrollpraktiken verflochten, die gesellschaftliche Normen disziplinierten und Machtverhältnisse stabilisierten. Wie Wissenschaftlerinnen of Color deutlich herausgearbeitet haben, implementierte der Kolonialismus nicht nur ein binäres und hierarchisches Geschlechtersystem, das vielfach komplexe, indigene Geschlechterordnungen verdrängte, sondern prägte neue, ungleich besetzte Geschlechterrollen und Zuschreibungen. Dabei entstanden unterschiedliche, rassifizierte Formen des Geschlechterbinarismus: Schwarze Frauen wurden entmenschlicht, hypersexualisiert und zu harter körperlicher Arbeit gezwungen, während gleichzeitig das Ideal der verletzlichen, keuschen und zu schützenden *weißen* Frau als Kontrastbild etabliert wurde. Intergeschlechtlichkeit wurde bei kolonialisierten Menschen als nicht vollständige Vergeschlechtlichung dargestellt – mit der Folge, dass diese bei den Kolonialisator*innen negiert und unsichtbar gemacht werden musste (und zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen durch genitalverändernde Operationen ohne Einwilligung im Kindesalter führte).

Aus dieser Perspektive erscheint die Erfassung von Geschlecht als Teil einer langen Geschichte der Regulierung von Körpern, Identitäten und Zugehörigkeiten im Dienste gesellschaftlicher Normalisierung und kapitalistischer Interessen. Wie sähen Gesetze aus, die Diskriminierung verhindern, ohne dass Betroffene ihre Identität nachweisen müssen? Eine solche Praxis würde den Fokus vom individuellen „Identitätsmanagement" auf institutionelle Verantwortung verschieben. Beispielsweise könnte die konsequente Bestrafung von Hasskriminalität aufgrund *wahrgenommener* Merkmale auch jenen helfen, die Islamfeindlichkeit erfahren, ohne selbst muslimisch zu sein.

Eine Abschaffung des Geschlechtseintrags hätte zudem praktische Vorteile: In der Medizin könnte die Behandlung endlich an körperlichen Gegebenheiten statt an juristischen Kategorien orientiert werden. So würde Krebsvorsorge für Menschen mit Uterus nicht ausschließen, dass sie eine Prostata haben können (inter* Personen), und die Brustkrebsvorsorge würde auch trans* Männer einschließen.

Ausblick: Gemeinsam entkolonialisieren

Innovative Perspektiven entstehen, wenn Kämpfe transnational zusammengedacht werden – als gemeinsame Entkolonialisierung von Körpern, Wissen und Rechtssystemen. Südafrikanische queere Bewegungen zeigen, dass rechtliche Errungenschaften nur dann transformativ wirken, wenn sie mit sozialen Kämpfen verbunden bleiben und epistemische Vielfalt ernst genommen wird. Eine dekoloniale queere Zukunft bedeutet nicht eine bloße Erweiterung bestehender Rechte, sondern das Abrüsten des Staates als regulierende Instanz über Geschlecht. Sie setzt auf die Schaffung von Räumen, in denen Selbstdefinition, Heilung und Gemeinschaft nicht Ausnahme, sondern Grundlage des Zusammenlebens sind.

Thamar Klein ist promovierte*r Ethnolog*in mit Schwerpunkten in Medical Anthropology, Queer und Trans Studies. Hen forschte unter anderem zu globalen Gesundheitspolitiken und trans* Lebensrealitäten (Südafrika) und lehrt an der Universität zu Köln Methoden der Bildungs- und Sozialforschung.



In leuchtenden Farben malt die Community ihre eigene Zukunft – sichtbar, mutig, queer. (Foto: Autor)

Fragmente einer queeren Utopie

WENN KUNST ZUM AKT DES WIDERSTANDS UND DER WIDERSTANDSKRAFT WIRD

Von Mumbya Katende

Ich erinnere mich an den Tag, an dem wir das Wandbild in Kasese entwarfen. Die Morgensonne lag sanft auf den Schultern des Rwenzori-Gebirges und tauchte die stille Stadt in ein goldenes Licht. Wir versammelten uns in einem kleinen, geschützen Raum zu einem konzentrierten Gruppengespräch, erzählten Geschichten, zeichneten Emotionen in Worte und verwebten Farben, Symbole und Botschaften, die von unserer Widerstandskraft und unseren Träumen sprachen. Unsere Seelen waren noch immer von monatelanger Angst und Polizeischikanen gezeichnet, doch in diesem Raum begann die Hoffnung wieder zu atmen. Ein*e Künstler*in brachte unsere Ideen später auf die Leinwand und verwandelte unsere gemeinsame Vorstellungskraft in ein lebendiges Kunstwerk. Als das fertige Werk enthüllt wurde und nun stolz die Wände des Twilight-Büros schmückten, war es, als blickten wir in unsere eigenen Herzen. Es war mehr als nur Kunst. Es war ein lebendiges Zeugnis unserer Existenz, dass wir noch da sind und dass wir trotz der Angst weiter träumen werden.

In Uganda überlebt Queerness oft im Schatten. Das Anti-Homosexualitätsgesetz von 2023 vertiefte diese Dunkelheit, institutionalisierte Angst, legitimierte Hass und kriminalisierte die Liebe selbst. Doch jenseits der Schlagzeilen über Leid existiert eine andere Geschichte, eine Geschichte von Kreativität, Widerstand und Hoffnung. Im ganzen Land erobern queere Aktivist*innen und Allies die Kunst zurück, als Schild und Zufluchtsort, als Weg zur Heilung, zum Widerstand und zur Neugestaltung von Freiheit. Das Wandbild in Kasese wurde nicht von unseren Händen gemalt, aber unseren Ideen, Themen, Farben und Symbole sind darin verwoben. Es ist ein lebendiger Beweis, dass unsere Vorstellungskraft nicht ausgelöscht werden kann.

Farbe schaffen im Grauen

In der Rwenzori-Region, wo ich lebe und arbeite, wird Queerness meist nur im Flüsterton erwähnt, gesehen durch die Augen von Misstrauen, Angst und moralischer Panik. Doch Kunst hat uns eine Sprache geschenkt, die das Schweigen durchbricht. Mit der *Twilight Support Initiative*, einer von mir mitbegründeten queeren Organisation im

ländlichen Raum, begannen wir, Kunst zu nutzen, um Gespräche anzustoßen, die mit Worten allein nicht möglich wären. Das Wandmalereiprojekt entstand in einer besonders angespannten Phase des letzten Jahres. Die Wut in der Gesellschaft hatte zugenommen und viele queere Jugendliche fühlten sich nicht einmal mehr sicher, ihr Zuhause zu verlassen. Wir wollten unser Zugehörigkeitsgefühl zurückgewinnen und unsere Existenz so öffentlich wie möglich sichtbar machen. Also schlossen wir uns zusammen, um mit Künstler*innen und Aktivist*innen ein gemeinschaftliches Kunstwerk zu schaffen. Jede Farbe, jedes Symbol erzählt eine Geschichte von Überleben, Solidarität und Liebe. Das Wandbild strahlt in Farben: Warme Gelb-, Orange- und Rottöne symbolisieren Energie und Widerstand. Im Kontrast dazu Blau- und Grüntöne, die Heilung und Hoffnung verkörpern. In seiner Mitte stehen die Worte „Equality for all", umgeben von menschlichen Figuren mit erhobenen Armen, die Einheit und kollektive Stärke symbolisieren. Um sie herum fordern kraftvolle feministische Parolen Gerechtigkeit: „Stop Violence against Womxn", „My Body! My Choice", „Girls Not Wifes" und „Education is a human Right for all".

Eine große Figur mit offenen Armen, umgeben von einem Herz, Regenbogen, Berg und Flammen, steht für eine Widerstandskraft queerer Gemeinschaften, die trotz vielfältiger Unterdrückung, von staatlicher Gewalt bis hin zu sozialer Stigmatisierung, weiterhin lieben und erschaffen. Eine maskierte Gestalt hinter Backsteinen deutet auf die Mauern des Schweigens und der Angst hin, während ein Weg zu einem „Safe Home" und Figuren auf einer Treppe mit der Aufschrift „My Future, My Responsibility" Selbstermächtigung und Freiheit symbolisiert.

An den Wänden des Büros ausgestellt, steht dieses Wandbild als lebendiges Zeugnis queeren Überlebens, feministischer Solidarität und der Kraft der Vorstellung in repressiven Zeiten.

Kunst als Heilung

In unserer Community ist Kunst mehr als nur Dekoration, sie ist Therapie. Viele von uns tragen tiefe emotionale Narben von Ablehnung durch die Familie, der Schule oder erzwungener Vertreibung. Traditionelle psychologische Hilfe erreicht queere Menschen auf dem Land kaum, öffentliche Gesundheitseinrichtungen sind oft feindselig und Therapie gilt als Luxus. Deshalb begannen wir, Kunsttherapie als Form der kollektiven Heilung zu erforschen.

In einem unserer Heilungsworkshops versammelten sich 30 queere Menschen, um ihre Geschichten zu erzählen und ihr Leben zu malen. Einige malten Flüsse, welche in Berge fließen und Erneuerung symbolisieren. Andere schrieben Gedichte über Körper und Zugehörigkeit. Wir nutzen Erzählkreise, um unsere Erfahrungen von Schmerz Widerstandskraft und Freude zu teilen. In diesen Kreisen mischten sich Tränen mit Lachen und Stille verwandelte sich in Gesang.

Diese Treffen erinnern mich daran, dass Heilung nicht immer Vergessen bedeutet, sondern die Teile von uns selbst zurückzuerobern, die die Welt auszulöschen versucht hat. Durch Kunst verwandeln wir Trauma in Zeugnis. Wir verwandeln Schmerz in Kraft.



Kunst als politische Sprache

Im gegenwärtigen Klima Ugandas kann offener Aktivismus gefährlich sein. Öffentliche Proteste werden schnell aufgelöst und selbst Gemeindeversammlungen werden oft überwacht. Doch Kunst bietet eine subtile, dennoch kraftvolle Sprache, die sprechen kann, wenn direkte Worte bestraft werden. Ein Gedicht kann Metaphern nutzen, die man nicht offen aussprechen darf. Ein Gemälde kann Solidarität ausdrücken, ohne Worte zu brauchen. Eine Performance kann Macht hinterfragen, ohne zu konfrontieren. In Kampala dokumentieren Filmkollektive queere Liebesgeschichten, die sich der Zensur widersetzen. In Mbale und Gulu zeigen Untergrundausstellungen Fotografien und digitale Kunst, welche Geschlechtervielfalt feiern. Online nutzen queere Dichter*innen Instagram und WhatsApp, um Verse der Hoffnung und des Widerstands zu teilen.

Diese künstlerischen Ausdrucksformen schaffen Netzwerke der Solidarität, die Grenzen und Generationen überschreiten. Sie verbinden Aktivist*innen, Feminist*innen und Künstler*innen, queere und straighte Allies. Gemeinsam bilden sie einen unsichtbaren Faden, der einen Teppich des Widerstands webt, den selbst die Angst nicht zerreißen kann.

Intersektionale Stimmen und queere Zukunftsperspektiven

Als queere Aktivist*innen verstehen wir, dass es in unserem Kampf nicht nur um Sexualität oder Geschlechtsidentität geht, sondern auch um Macht, sozioökonomischen Status, Ethnie und Herkunft. Queere Menschen im ländlichen Raum erleben mehrfache Diskriminierung: Armut, fehlende Infrastruktur und die Wahrnehmung als „Außenseiter*innen" in ihren eigenen Gemeinschaften. Kunst ermöglicht es uns, diese Überschneidungen aufzuzeigen und Gerechtigkeit in einer Sprache einzufordern, die sowohl persönlich wie auch politisch ist.

Unsere künstlerische Arbeit stellt koloniale und religiöse Narrative infrage, die Queerness als „unafrikanisch" darstellen. Tatsächlich beansprucht unsere Kunst afrikanische Traditionen des Geschichtenerzählens, der Performance und der Symbolik zurück, die Wurzeln dessen, wer wir sind. Indem wir unsere Geschichten auf Leinwand malen, unsere Wahrheit in Kleidung zum Ausdruck bringen, uns unsere Gedichte in lokalen Sprachen verfassen, sagen wir: Wir waren immer hier!

Freude als Widerstand

In einer Welt, die von queeren Ugander*innen oft nur das Überleben erwartet, ist die Entscheidung für Freude ein radikaler Akt. Durch Kunst finden wir Momente des Lachens und der Verbindung, wir tanzen zu Afrobeats beim Malen, necken uns gegenseitig bei Fotoshootings, teilen Essen nach langen Proben. Diese kleinen Momente der Freude sind revolutionär. Sie erinnern uns daran, dass wir mehr sind als die Gewalt, die wir erleiden.

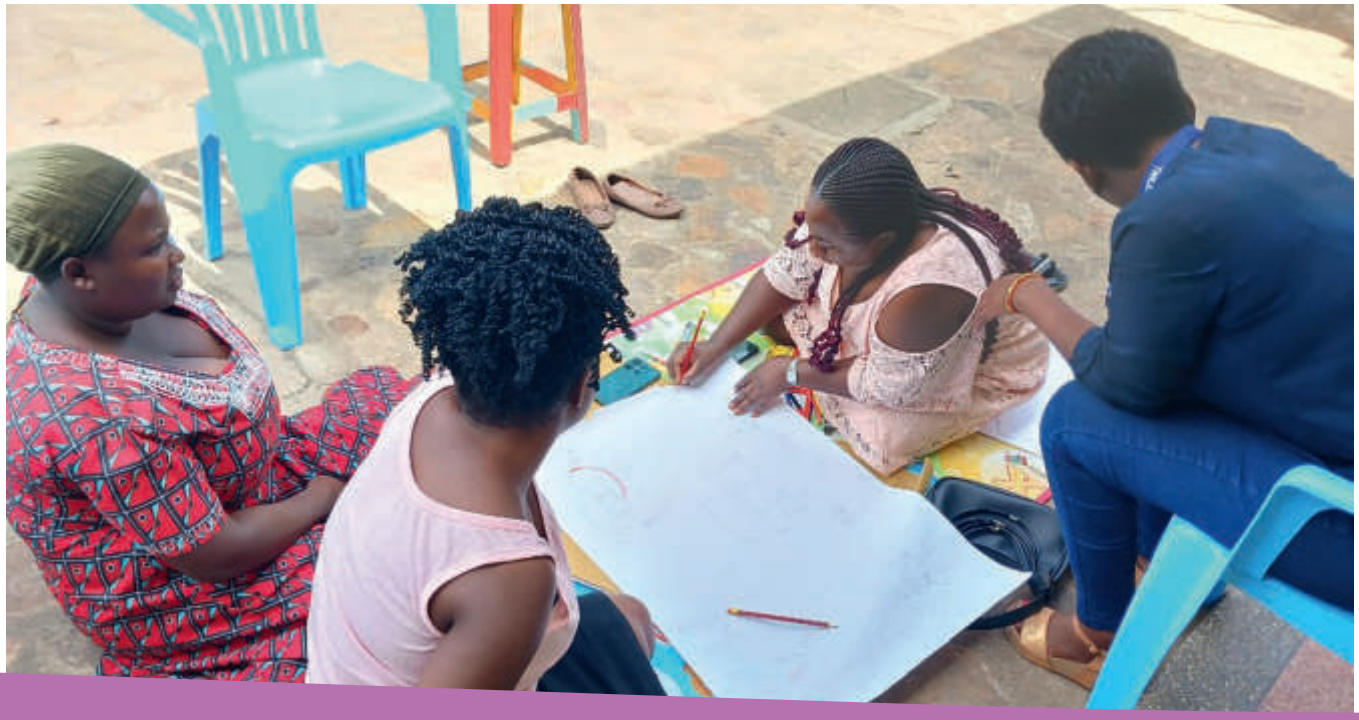
Wenn ein internationales Publikum an das queere Leben in Afrika denkt, sind die dominanten Bilder meist von Angst und Verfolgung geprägt. Diese Realitäten sind zwar unbestreitbar, aber sie erzählen nicht die ganze Geschichte. Wir sind auch Träumer*innen, Schöpfer*innen und Liebende. Unsere Kunst ist eine Erklärung des Lebens, eine Weigerung, uns allein durch Tragödie definieren zu lassen.

Freiheit neu denken

Freiheit ist für uns nicht nur ein rechtlicher Status, sondern ein Gefühl, eine gelebte Praxis, ein alltäglicher Widerstand. Es ist der Mut zu malen, wenn die Welt es verbietet. Es ist die Kühnheit, Farbe zu tragen, wo Konformität erwartet wird. Es ist die Stärke, deine Geschichte zu erzählen, selbst wenn deine Stimme zittert. Durch unsere gemeinschaftliche Kunst entwerfen wir ein neues Bild davon, wie Freiheit in einer feindseligen Umgebung aussehen kann. Wir mögen nicht den Schutz des Gesetzes genießen, aber wir haben Fantasie und Fantasie ist eine Kraft, die uns niemand nehmen kann.

Wenn ich das Wandbild jetzt betrachte, Monate später, sind die Farben leicht von der Sonne verblasst. Doch jedes Mal, wenn ich vorbeigehe, spüre ich die Energie, eine stille Erinnerung daran, dass Schönheit selbst unter schwierigsten Bedingungen wachsen kann. Es flüstert jedem Betrachter zu: Du gehörst dazu. Du bist wichtig. Du bist nicht allein.

Mumbya Katende ist trans-Aktivis*in und Community Organizer*in in der *Twilight Support Initiative* (TSI) Uganda, einer queeren, ländlich geführten Organisation in der Rwenzori-Region im Westen Ugandas.



Miss Diva – der erste Trans-Schönheitswettbewerb in Togo

KYKY, DIE DIVA VON UNBESTREITBAREM CHARME UND BEISPIELHAFTEN MUT

Von Kyky Ladiva

In einem westafrikanischen Kontext, der noch immer von Stigmatisierung und Schweigen gegenüber sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten geprägt ist, stellt die Organisation von Togos erstem Schönheitswettbeweb für Transpersonen einen symbolischen Wendepunkt dar.
Angetrieben von Kyky the Diva, Aktivistin und Gründerin des Vereins Big Mama, erweckte die Veranstaltung eine mutige queere Szene zum Leben – eine Mischung aus Kunst, Widerstand und Stolz. Über die Feier der Schönheit hinaus ist Miss Diva zu einem Raum für soziales Engagement geworden – eine Plattform, auf der Sichtbarkeit zu Macht und Schönheit zu einem politischen Akt wird.
Ein Gespräch mit einer Frau*, die – allen Widrigkeiten zum Trotz – Ausdauer, Güte und Hoffnung verkörpert.

*Könntest du dich unseren Leser*innen vorstellen?*

Hallo Zusammen, ich bin Kyky, eine togoische Menschenrechtsaktivistin, die sich besonders für die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen (LGBTI) Menschen einsetzt. Mein Aktivismus begann 2010, als ich zur Miss Diva Trans gekrönt wurde – als erste Königin* dieses regionalen Schönheitswettbewerbs, der für unsere Community von symbolischer Bedeutung war. Diese Erfahrung hat mein Leben verändert und meinen Entschluss, aktiv zu werden, bestärkt. Später gründete ich Big Mama, eine gemeinschaftsbasierte Organisation, die sich für Würde, Sichtbarkeit und Solidarität in einem Umfeld einsetzt, dass oft von Angst, Stigmatisierung und Unsicherheit geprägt ist. Mit meinem Team arbeiten wir unermüdlich daran, Gemeinschaften zusammenzubringen, zuzuhören, zu helfen und Trost zu spenden – selbst wenn die Mittel knapp sind. Unsere Stärke ist Resilienz und unsere treibende Kraft ist die Liebe zur Menschheit.

Wie würdest du die Atmosphäre des ersten Trans-Schönheitswettbewerbs in Togo beschreiben?

Es war magisch! Ein historischer Abend, erfüllt von Emotionen und Stolz. Hinter der Bühne herrschte ein unglaubliches Gewusel – voller Energie, Lachen, Nervosität und vor allem Solidarität. Auf der Bühne glänzten die 14 Teilnehmer*innen – alle wunderschön – mit ihren Outfits, Tänzen und Botschaften der Toleranz.
Es war mehr als ein Wettbewerb: ein Akt der Sichtbarkeit, ein Schrei nach Existenz, eine Feier der Vielfalt. Für viele von uns war es das erste Mal, dass wir ohne Angst wir selbst sein konnten im Rampenlich.

Wie habt ihr euch auf ein solches Ereignis vorbereitet?

Mit viel Schweiß, Mut und Glauben! Die Organisation war eine echte Herausforderung. Wir haben monatelang alles vorbereitet – Proben, Choreografien, Laufstegtraining mit unserer verstorbenen Mentorin Gérard. Möge ihre Seele in Frieden ruhen. Einige Teilnehmer*innen hatten noch nie High Heels getragen, andere lernten, wie man läuft, öffentlich spricht und Stolz verkörpert.
Wir haben mit fast nichts gearbeitet – oft ohne finanzielle Mittel und manchmal sogar ohne Proberaum. Aber wir haben durchgehalten. Das ist wahre Resilienz: Wenn man trotz Angst, Hindernissen oder fehlender Mittel weitermacht, weil man an seine Sache glaubt.

Was hat euch zur Organisation dieses Wettbewerbs motiviert?

Engagement, ganz einfach. Dieser Wettbewerb entstand aus dem tiefen Wunsch nach Anerkennung und Würde für eine oft ausgegrenzte Gemeinschaft. Er wurde zu einem Raum der Freiheit, des Ausdrucks und der Selbstbehauptung. Am Anfang stand die Organisation Men's Association, damals geleitet von Gérard – einer talentierten visionären Aktivistin. Heute führen wir ihr Vermächtnis durch Big Mama und anderen Initiativen fort. Dieses Projekt ist ein friedlicher Akt des Widerstands in einer Gesellschaft, in der Intoleranz noch immer besteht.

Wie würdest du die Wahrnehmung von Queerness in Togo heute beschreiben?

Queerness in Togo wird noch immer sehr missverstanden. Viele Menschen sprechen darüber mit Angst und Unwissen-

heit. Das Thema ist von Schweigen umgeben, weil es noch so viel Stigmatisierung und Vorurteile gibt. Artikel 88 des Strafgesetzbuchs kriminalisiert weiterhin gleichgeschlechtliche Beziehungen und schafft so ein Klima der Angst. Viele der Community leben im Verborgeneren, um sich zu schützen.

In diesem Kontext klingt die Organisation einer Veranstaltung wie Miss DIVA sehr gewagt. Wie wird sie wahrgenommen?

Ja, es ist ein Akt des Mutes. Miss Diva ist nicht nur ein Schönheitswettbewerb – es ist ein öffentliches Statement. Auch wenn er hinter verschlossenen Türen stattfindet, ist er eine mächtige Form der Sichtbarkeit für die Community. Er vermittelt ein anderes Bild – eines von Kreativität, Stolz und Würde. Manche verstehen die Initiative nicht ganz, aber für viele andere – insbesondere junge Menschen und Künster*innen – ist sie eine Botschaft der Hoffnung.

Was verändert dieser Wettbewerb in der Wahrnehmung der queeren Bewegung in Togo?

Er eröffnet neue Räume. Menschen beginnen, mehr zu sprechen – wenn auch vorsichtig. Er zeigt, dass hinter dem Wort „queer" Gesichter, Geschichten und Träume stecken. Miss Diva ermöglicht es der Community, öffentlich und anders zu existieren. Es ist ein Ausdruck von: Wie sind hier, wir sind Teil dieses Landes und wir wollen in Liebe und Respekt zusammenleben.

Rückblickend – welcher Moment hat dich am meisten bewegt?

Ganz klar: der Moment der Krönung. Als die Jury meine Nummer nannte, explodierte der ganze Saal vor Freude. Ich wurde buchstäblich vom Publikum in die Höhe gehoben. Aber neben dem Sieg ist mir vor allem der kollektive Stolz in Erinnerung geblieben – dass Gefühl, eine Tür geöffnet zu haben, bewiesen zu haben, dass es uns gibt, dass wir Talent, Schönheit und Würde besitzen.
Diese Erfahrung hat mich stärker und selbstbewusster gemacht. Sie hat mich zu einer aufrechten Frau* geformt – einer Aktivistin, die bereit ist, sich auch in schwierigen Zeiten für ihre Community einzusetzen.

Wie wichtig ist eine solches Ereignis für die LGBTQ-Community in Togo? Welche Botschaft soll es senden?

Es ist von enormer Bedeutung. Zunächst ist es ein Raum der Sichtbarkeit und Solidarität – eine Möglichkeit, in einer Gesellschaft zu existieren, in der Anderssein noch immer als Bedrohung gilt. Aber es ist auch ein Werkzeug der Sensibilisierung und Aufklärung. Durch Schönheit, Kunst und Kultur sprechen wir über Menschrechte, Gleichheit und Würde. Der Wettbewerb hat uns außerdem geholfen, Allies zu gewinnen – Künsler*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen, die unsere Vision eines inklusiven Togos teilen.
Trotz begrenzter Mittel schaffen Big Mama und unsere Partner*innen sichere Orte, unterstützen junge Menschen und schenken Hoffnung, wo keine war. Unsere Botschaft ist klar: Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern eine Stärke – und dass jede*r Mensch es verdient, gesehen und für das respektiert zu werden, was sie*er ist.

Wie sieht es mit der Zukunft aus? Wird es weitere Ausgaben geben?

Ja, natürlich! Wir sind bereits bei der fünften Ausgabe in fünfzehn Jahren. Jede ist ein weiterer Schritt hin zur gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung von trans und queeren Menschen. Unser Traum ist ein Togo, in dem alle Menschen ohne Angst leben können – wo Kunst und Schönheit zu Instrumenten des Friedens werden und Solidarität über Hass triumphiert. Wir wissen, dass der Weg lang ist, aber solange es Menschen gibt, die an uns glauben, werden wir weitergehen – vielleicht mit wenig, aber mit Mut und Überzeugung.

Mode und LGBTQ-Community – Wie ist die Verbindung in Togo?

Mode ist eine universelle Sprache der Freiheit. Sie hat schon immer diejenigen aufgenommen, die von der Gesellschaft abgelehnt werden. In Togo erleben wir trotz aller Herausforderungen die Entstehung einer kreativen, mutigen und dynamischen queeren Szene. Mode wird zu einem Raum des Ausdrucks, des Aufatmens, des Widerstands. Sie ist auch eine Kunstform, die über Geschlecht und sexuelle Orientierung hinaus verbindet. Und in einem so feindseligen Umfeld wird jeder Laufsteg, jedes Outfit zu einem politischen und poetischen Akt.

*Ein letztes Wort an unsere Leser*innen?*

An alle, die das hier lesen: Bleibt stark. Lasst euch trotz Schmerz und Ablehnung niemals unterkriegen. Ihr seid schön, wertvoll und liebenswert. Lasst euch von niemanden etwas anderes einreden.
Steht aufrecht, bewahrt euren Glauben und sucht Unterstützung bei Organisationen, die euch helfen können – ihr seid nicht allein. Und an alle, die euch verurteilen oder ablehnen: Denkt daran, dass die Liebe immer über den Hass siegt.

Einst Königsmacher

DAS SICH WANDELNDE SCHICKSAL VON NIGERIAS YAN DAUDU

Von Carl Collison

Saaadaat lächelt, als er sich daran erinnert, wie er mit sieben Jahren zum ersten Mal die Freiheit spürte, Frauen*kleidung zu tragen und mit Schmuck behängt zu sein.

„Ich habe angefangen zu schauspielern, in einem lokalen Theater. Dort gaben sie mir weibliche* Rollen, bei denen ich Frauen*kleider und ähnliches trug", erzählte Saaadaat.

Saaadaat wurde bei der Geburt dem männlichen* Geschlecht zugeordnet und als Junge* erzogen. Obwohl er sich immer noch als Mann* identifiziert, gehört der 56-jährige Saaadaat zur älteren Generation der „Yan Daudu" (aus dem Hausa etwa übersetzt „feminine* Männer*").

In Rudolf Pell Gaudios ethnografischer Studie über die Yan Daudu, „Allah Made Us: Sexual Outlaws in an Islamic African City", schreibt der Autor: „In der Hausa-sprachigen Region Nordnigerias schreiben die vorherrschenden Auslegungen der Sharia, des islamischen Rechts, eine strickte Trennung der Geschlechter und unterschiedliche Verhaltensregeln für Frauen* und Männer* in nahezu allen Lebensbereichen vor. Yan Daudu brechen diese Regeln. Als Männer*, die angeblich „wie Frauen*" sprechen und handeln, gelten sie als witzig und clever, werden aber auch wegen ihrer vermeintlichen Beteiligung an hetero- und homosexueller Sexarbeit verfolgt."

Ein Bericht des *Guardian* aus dem Jahr 2013 stellt fest: „Über ein Jahrhundert lang wurden hunderte von Yan Daudu als Teil einer unauffälligen, aber randständigen Subkultur im muslimischen Norden toleriert… und begleiteten mitunter sogar Politiker*innen bei Wahlkämpfen." Doch mit zunehmendem religiösem Konservatismus im überwiegend muslimischen Norden Nigerias wurden Yan Daudu immer stärker verfolgt, sodass viele gezwungen waren, ihre Identität zu verbergen.

Gaudio merkt an: „Während die Yan Daudu seit mindestens mehreren Jahrzehnten sowohl offizieller als auch inoffizieller Verfolgung ausgesetzt sind, wurden sie mit der Einführung der Sharia noch angreifbarer."

Von seinem Zuhause in Kano aus – und mithilfe eines Dolmetschers für Hausa-Englisch – sagt Saaadaat: „Wissen Sie, hier in Nordnigeria tragen die Yan Daudu Männer*-Jalabiyas (ein traditionelles, knöchellanges Gewand). Aber die meisten von uns tragen darunter ein Wrapper (ein Tuch, das um die Taille gewickelt wird und einen Rock bildet)."

Wenn Saaadaat in der Öffentlichkeit unterwegs ist, trägt er neben seinem versteckten Wickelrock auch Kontaktlinsen (grau und hellblau sind seine Lieblingsfarben). Außerdem trägt er „unauffällige künstliche Wimpern und nur dezentes Make-up, um keinen Ärger zu erregen."

In der Privatsphäre seines Zuhauses hat er mehr Freiheit und kann tragen, was er will: Miniröcke, Tanktops, BH's und Damen*slips.

„Wissen Sie", sagt er, „Nordnigeria ist sehr homophob, Wenn ich also rausgehe, muss ich anständig gekleidet sein. Und da ich ein Gechäft habe, würde niemand etwas kaufen, wenn ich Frauen*kleidung in der Öffentlichkeit tragen würde."

Saaadaat sagt zwar, er habe „keine Angst" vor einer Verhaftung durch die Hisbah – „weil ich die Gesetze und Vorschriften gewissenhaft befolge" –, doch er ist sich der Gefahren, denen queere Menschen in Nordnigeria ausgesetzt sind, nur allzu gut bewusst. Aus diesem Grund öffnet er sein Haus als sicheren Zufluchts- und Lernort für jüngere, gefährdete und mittellose queere Menschen.

„Im Moment sind etwa sechs junge Menschen hier [bei mir zu Hause]", sagt er. „Die meisten kamen aus verschiedenen Bundesstaaten hierher, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen, um zu arbeiten." Neben Unterkunft und Essen sorgt Saaadaat auch für Ausbildung, indem er seine Fähigkeiten als Schneider weitergibt. „Ich bringe ihnen das Nähen bei, aber auch, wie man verantwortungsvolle Bürger*innen wird und wie man selbstständig leben kann", sagt er.

Nour gehört zur jüngeren Generation der Yan Daudu, die von Saaadaat betreut werden. Der 27-jährige schwule Mann* steht seit fünf Jahren unter Saaadaats Anleitung. Nour gibt zu, dass das Leben als junger Dan Daudu in Kano bedeutet, jederzeit „sehr, sehr vorsichtig" zu sein. Wie andere Yan Daudu findet auch Nour wahre Freiheit und Ausdrucksmöglichkeiten nur hinter verschlossenen Türen.

„Zu Hause, wenn ich glücklich bin, kleide ich mich vollständig, mit starkem Make-up, und tanze einfach und bin glücklich", sagt er. „Ich kenne viele Menschen, die aufgrund ihrer Homosexualität durch die Sharia-Gesetze verfolgt und verurteilt wurden. Vielleicht 15 bis 20. Also muss ich vorsichtig sein. Ich versuche, mich an alle Gesetze zu halten und ein sehr verantwortungsvoller Mensch zu sein. Meine wilde Seite zeige ich nur auf Partys, wenn ich außerhalb der Stadt bin."

Die Partys, auf die Nour anspielt, sind monatliche Veranstaltungen, bei denen sich, so Saaadaat, „viele Yan Daudu aus anderen Staaten treffen, um zu feiern und zusammenzukommen". Die Zusammenkünfte finden in verschiedenen Regionen Nigerias statt und ziehen große Menschenmengen an. „Sie kommen aus verschiedenen Staaten, aus verschiedenen Städten – und sogar aus den Nachbarländern Niger und Tschad." Und obwohl diese Veranstaltungen wichtige Treffpunkte für queere Men-

schen sind, die in ihren jeweiligen Gemeinschaften oft marginalisiert und isoliert sind, können die Wettbewerbe hart umkämpft sein. Zu gewinnen gibt es unter anderem Handys, teure Kleidung, Make-up-Sets und Bargeld.

„Ich möchte, dass meine Schüler*innen zu den Besten gehören und gewinnen", sagt Saaadaat. „Deshalb zeige ich ihnen, welche Kleidung sie tragen, welches Make-up sie auftragen und wie sie sich bewegen sollen." Nour fügt stolz hinzu: „Und er hat mir auch traditionellen Tanz beigebracht, den ich bei den Wettbewerben aufführe."

Um die Sicherheit zu erhöhen, finden Veranstaltungen in Staaten mit weniger strengen islamischen Gesetzen statt. Veranstalter*innen kooperieren zudem mit nicht-queeren Organisationen oder Einzelpersonen, um ihre Identität zu verschleiern und zu verhindern, dass die Polizei von einer „LGBT-Party" spricht. Dennoch sind die Risiken hoch. Der Human Dignity Trust stellt fest, dass LGBT-Personen in Nigeria „häufig einzeln oder massenhaft festgenommen werden, oft begleitet von Polizeigewalt und Brutalität". Saadaat weigert sich jedoch, sich von Angst leiten zu lassen. Er glaubt fest daran, dass seine Verhaftungsgefahr gering sei, da er „eine angesehene Person ist – auch unter Nicht-LGBT-Leuten".

Nachdem Saaadaat jahrzehntelang als Dan Daudu gelebt hat, konnte er die sich rasant verändernde gesellschaftliche Einstellung gegenüber den Yan Daudu im Norden Nigerias hautnah miterleben. Und obwohl er sich leidenschaftlich für die Sicherheit der jüngeren Generation der Yan Daudu einsetzt, gibt er der Jugend selbst eine Mitschuld an diesem gesellschaftlichen Wandel.

„Wissen Sie", sagt er, „die neue Generation postet in den sozialen Medien Dinge, die man nicht sagen sollte. Zum Beispiel erzählen sie, dass sie Sex mit Männern* haben. Und auch, dass sie mehrere Sexualpartner*innen haben. All das trägt dazu bei, das Ansehen der Yan Daudu hier im Norden zu schädigen. Denn früher genossen wir in allen nördlichen Emiraten hohes Ansehen. In jedem Emirat gab es Yan Daudu – und sie wurden respektiert. Wir waren sogar Königsmacher. Aber all das ist jetzt verfallen."

„Es sind nicht die islamischen Gesetze, die etwas verändert haben, denn alle Religionen hier in Nigeria lehnen LGBT ab. Und unsere Kulturen akzeptieren es ebenfalls nicht. Aber selbst wenn du Yan Daudu bist und sehr verantwortungsbewusst und anständig, werden die Leute dich definitiv respektieren. Die islamischen Gesetze sind gleich geblieben. Nichts hat sich geändert. Es ist nur so, dass einige Menschen mit extremen Gesetzen kamen, um bestimmte Menschen zu stigmatisieren. Das ist alles, was sich wirklich verändert hat."

Die Namen der im Text genannten Personen wurden zu ihrem Schutz geändert.
Hinweis der Redaktion: Yan Daudu ist die Pluralform von Dan Daudu

Carl Collison ist südafrikanischer Journalist und Gründer der NGO Beyond the Margins, einem online-Journal zu Queerness in Afrika.

Foto: A. Hickson (cc by-nd)



Zwischen den Zeilen des Gesetzes

EINE GHANAISCHE SICHT AUF WERDEN UND ZUGEHÖRIGKEIT

Von Gloria Quaye



Ghanas, aus der Kolonialzeit stammendes Gesetz „unnatural carnal knowledge“ bleibt ein Gespenst der Vergangenheit, geisterhaft, mehrdeutig und doch mächtig in seiner Fähigkeit, Angst zu formen. Seine Präsenz wurde durch die jüngste Einführung des Anti-LGBTQIA+-Gesetzentwurfs noch verstärkt. Dieser droht Identitäten, Gemeinschaften und sogar Mitgefühl zu kriminalisieren. Doch jenseits dieser Gesetzestexte gibt es Tausende leiser Erzählungen, von Lachen in kleinen Räumen, Wahlfamilien und von spiritueller Widerstandsfähigkeit, die neu definieren, was es bedeutet, an einem Ort frei zu leben, der darauf besteht, dass dies nicht möglich ist. Queeres Leben in Ghana spielt sich nicht nur zwischen den Zeilen des Gesetzes ab, sondern auch zwischen den Zeilen von Sprache, Erinnerungen und Zugehörigkeit. Während sich öffentliche Debatten auf Moral und Legalität fixieren, atmen, lieben und träumen queere Menschen weiter. Auf Weisen, die Gesetzestexte weder einfangen noch auslöschen können. Das Gesetz erzählt schließlich nur eine Geschichte; das Leben eine andere.

Im Gegensatz dazu steht Südafrika, wo in der Verfassung die sexuelle Orientierung als geschütztes Recht verankert ist. Auf dem Papier ist Freiheit garantiert, in der Realität sind queere Südafrikaner*innen immer noch mit Gewalt, wirtschaftlicher Ausgrenzung und patriarchaler Feindseligkeit konfrontiert. Währenddessen drängen Ugandas drakonische Gesetze queere Bürger*innen immer weiter in den Untergrund, zwingen sie ins Exil oder zum Schweigen. Ghana steht in einer prekären Mitte, weder so gesetzlich brutal wie Uganda, noch so weit wie Südafrika mit verfassungsmäßigen Versprechen. Doch das Herz des queeren Kampfes liegt hier nicht allein in einer Rechtsreform, sondern im Zurückerobern von Menschlichkeit und Liebe in jeder Form.

Für viele queere Ghanaer*innen wird Zugehörigkeit nicht gewährt, sie wird geschaffen. In Wohnkomplexen in Accra, Cape Coast und Ho versammeln sich Gemeinschaften in geheimen, jedoch lebendigen Kreisen. Sie teilen Essen, Lachen, Unterstützung und Kunst. Es sind Zufluchtsorte der Zärtlichkeit, wo Identität keine Debatte, sondern Wahrheit ist. Die Rituale der Freundschaft – Haare flechten, kochen, lokale Lieder mit neuer Bedeutung singen – werden zu stillen Akten des Widerstandes. Diese Momente prägen das Gewebe der queeren ghanaischen Existenzen, doch ist die Geschichte anders geschrieben und spiegelt denselben Kampf wider. Neutralität in Zeiten der Unterdrückung ist kein Frieden! Unser Kampf zielt nicht darauf ab, jemanden zu imitieren, sondern zu fordern, dass unsere Menschlichkeit in unserer eigenen Sprache, Kultur und unseren Gesetzen anerkannt wird.

Glaube findet neue Deutungen, indem queere Menschen Kraft aus der Spiritualität ihrer Vorfahren schöpfen. Aus Traditionen, die vor der Kolonialzeit existierten, aus Kulturen, die Geschlechterfluidität lange vor dem Aufkommen religiöser Moralvorstellungen kannten. In diesen spirituellen Räumen wird der Körper nicht verdammt, sondern gefeiert, der Geist nicht zum Schweigen gebracht, sondern geehrt. Der Aufstieg queerer Traditionalist*innen und Priester*innen, Frauen* und geschlechterdiverser Heiler*innen, die indigene Kosmologien wiederentdecken, signalisiert eine Rückkehr zu unseren kulturellen Wurzeln, welche einst Raum für Vielfalt boten. Es bedeutet anzuerkennen, dass Freiheit nicht von jenen gesetzlich verordnet werden kann, die unsere Existenz leugnen.

Queere Solidarität und Aktivismus in Ghana

In Ghana stehen queere Menschen vor einem komplexen Geflecht aus diskriminierenden Gesetzen, religiösen und negativen traditionellen Einflüssen sowie gesellschaftlichen Normen, welche Homophobie und Transphobie aufrechterhalten. Doch viele wehren sich und fordern Anerkennung, Akzeptanz und Gleichberechtigung. Trotz all dieser Her-

ausforderungen fand ich Kraft in meiner Gemeinschaft. Ich wurde Aktivist*in, setzte mich für queere Rechte ein und stellte diskriminierende Gesetze und gesellschaftliche Normen infrage. Ich erlebte Gegenreaktionen und wurde 2021 unrechtmäßig verhaftet. Ich weigerte mich, zum Schweigen gebracht zu werden. Die Angst vor dem Unbekannten hielt mich nicht davon ab, meinen Aktivismus aufzugeben. Wir sind keine Schatten. Wir sind da. Wir sind viele!

Unsere Jugendbewegung an vorderster Front verändert die Landschaft des Aktivismus grundlegend. Von Untergrundszenen und digitalem Storytelling bis zu feministischen Kollektiven und gemeinschaftlicher Forschung, leisten queere Ghanaer*innen nicht länger nur Widerstand, sondern gestalten die Zukunft neu. Wir sprechen die Sprache der Liebe, nicht nur als romantische Liebe, sondern auch als Ausdruck von Überleben, Verbundenheit und radikaler Fürsorge. Inmitten dieser Machtverschiebungen ist Queerness nichts, was man verstecken muss, sondern etwas, das verdeutlicht, was Freiheit für alle Menschen bedeutet. Wir wissen, dass Veränderung nicht von oben kommt, sondern von den Rändern, von den Menschen, deren Leben seit jeher jenseits der Zustimmung der Mächtigen existierten.

Die Erfahrungen von Aktivist*innen und Organisationen in Afrika sind sehr vielfältig und der Fortschritt variiert von Land zu Land. Trotz erheblicher Herausforderungen haben die Widerstandskraft und Entschlossenheit von Aktivist*innen dazu beigetragen, Bewusstsein zu schärfen und die richtigen Räume und Wege zu finden, um sich proaktiv für die Rechte von queeren Menschen in der Region einzusetzen. Die Zukunft muss unsere gemeinsamen Schwächen berücksichtigen, insbesondere sprachliche Ungerechtigkeit, organisatorische Probleme und andere dringende Bedürfnisse. Es müssen Wege gefunden werden, diese Hindernisse zu überwinden, die unseren Fortschritt behindern.

Hoffnung im Verborgenen: Die stillen Erfolge queerer Communities

Wir haben viele ermutigende Erfolge gesehen, dokumentiert und erlebt, auch wenn sie im Verborgenen stattfanden. Queere Künstler*innen wagen es, unsere Geschichten mit Empathie zu erzählen. Initiativen für psychische Gesundheit und Rechtshilfe erweitern ihre Reichweite. Netzwerke der Diaspora unterstützen lokale Initiativen zur Stärkung der Resilienz. Inmitten von Feindseligkeit gibt es ein Flüstern der Hoffnung. Beweise dafür, dass Sichtbarkeit und Verletzlichkeit neben Stärke bestehen können. Unsere Geschichten zeugen von Widerstandsfähigkeit, Mut und der Fähigkeit des menschlichen Geistes, selbst in schwierigen Zeiten zu gedeihen. Wie ich immer sage: „Wir, die queere Community, fordern keine Sonderbehandlung. Wir verlangen dieselben Rechte und dieselbe Würde wie alle anderen Ghanaer*innen. Wir sind nicht die *Anderen*, wir sind Menschen, die Liebe, Respekt und Akzeptanz verdienen."

Wer zwischen den Zeilen des Gesetzes liest, erkennt, dass Befreiung selten im Parlament beginnt. Sie beginnt im Herzen der Ghanaer*innen. Unsere Gesetze nennen uns vielleicht nicht direkt, aber sie überschatten unsere Existenz, kontrollieren unseren Körper, bringen unsere Stimmen zum Schweigen und nähren eine Angst, die sich in unsere Häuser und Herzen einschleicht. Und doch erheben wir uns immer wieder. Die Geschichten queerer Ghanaer*innen vom Werden und Dazugehören erinnern uns daran, dass Gerechtigkeit kein Geschenk des Staates ist, sondern ein Rhythmus, der im Körper, in der Gemeinschaft und im Mut getragen wird. Ein*e gleichgesinnte*r Aktivist*in sagte: „Sie können versuchen, unsere Namen zum Schweigen zu bringen, aber nicht unsere Lieder." Und tatsächlich: Die Lieder werden weiter gesungen, leise leidenschaftlich und schön, in Herzen und überall dort, wo die Liebe gesehen werden will.

In Solidarität ruft die queere Community Ghanas weiterhin all unsere Geschwister weltweit auf, die sich für Rechte queerer Personen einsetzen, zusammenzukommen und unsere Stimmen weiterhin zu verstärken und für unsere Rechte einzutreten.



Gloria Quaye ist Menschenrechtsaktivistin und Feministin.

Foto: Autorin

Regenbögen im Schatten

EINE GESCHICHTE VON STÄRKE UND WIDERSTANDSKRAFT

Von Alexandra Munezero

Burundi, ein kleines Binnenland in Ostafrika mit rund 16 Millionen Einwohner*innn, hat eine besonders angespannte und schmerzhafte Geschichte, was die Rechte von LGBTIQ-Menschen betrifft. Diskussionen zu diesem Thema beginnen oft mit einem entscheidenden Moment: der Verabschiedung eines konservativen Gesetzes durch die burundische Regierung am 22. April 2009.

An diesem Tag institutionalisierte die Regierung im Zuge der Überarbeitung des Strafgesetzbuches die Diskriminierung sexueller Minderheiten, indem sie einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen durch Artikel 590 unter Strafe stellte. Das Gesetz besagt: „Wer sexuelle Beziehungen mit einer Person des gleichen Geschlechts eingeht, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren und einer Geldstrafe von 50.000 bis 100.000 Francs oder einer dieser Strafen allein bestraft."

Etwa im selben Zeitraum bezeichnete der damalige Präsident Homosexualität öffentlich als „Fluch", eine Äußerung, die einen Anstieg homophober Rhetorik im ganzen Land befeuerte. Das gesellschaftliche Klima wurde zunehmend intoleranter und entsprach damit der offensichtlichen Agenda der Regierung, Vorurteile gegenüber sexuellen Minderheiten zu verstärken und deren Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben zu festigen.

Obwohl Homosexualität in dieser homophoben Rhetorik als „Fluch" bezeichnet wird, gibt es keine rechtliche Grundlage für diese Behauptungen. Artikel 22 der burundischen Verfassung besagt ausdrücklich: „Niemand darf aufgrund seiner Herkunft, Rasse, ethnischen Zugehörigkeit, seines Geschlechts, seiner Hautfarbe, seiner Sprache, seines sozialen Status, seiner Religion, seiner philosophischen oder politischen Überzeugung, einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder einer HIV/Aids-Infektion oder einer anderen unheilbaren Krankheit diskriminiert werden." Auf dem Papier besteht also ein Bekenntnis zu Gleichheit und Nichtdiskriminierung. In der Realität leben queere Menschen jedoch in einem permanenten Zustand der Angst und Vorsicht. Viele sind gezwungen, ihre Identität zu verbergen, sich nicht sichtbar zu machen, um in Sicherheit zu bleiben, und ihre wahre Identität zu verbergen, um weiterer Unterdrückung zu entgehen.

Dokumentierte Fälle belegen, dass Festnahmen und Inhaftierungen von queeren Personen durch die Strafverfolgungsbehörden häufig ohne legitime Rechtsgrundlage erfolgen. Die Betroffenen werden aufgrund vager Anschuldigungen festgenommen, die in keinem klaren Bezug zu tatsächlichem kriminellem Verhalten stehen: Gerüchte über homosexuelle Handlungen, angeblicher Diebstahl oder allgemeine „Störung der öffentlichen Ordnung". Diese Festnahmen spiegeln oft ein mangelndes Verständnis oder eine bewusste Auslegung von Artikel 590 wider, der die Strafverfolgung tatsächlich auf Fälle von Taten auf frischer Tat sowie allgemeinere Missbräuche des Strafverfahrens beschränkt.

Dieses feindselige rechtliche Umfeld wird durch das Bildungssystem verstärkt. Eine ministerielle Anordnung des Bildungsministeriums (Nr. 620/613), die das Verhalten in Schulen regelt, listet „Homosexualität" ausdrücklich als einen der schwerwiegendsten Gründe für den Ausschluss wegen Fehlverhaltens. Artikel 11 legt zudem fest, dass Schüler*innen, die zweimal wegen Fehlverhaltens ausgeschlossen wurden, dauerhaft vom formalen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Im Laufe der Zeit hat diese Politik die Alphabetisierungsrate von LGBTIQ-Personen erheblich verschlechtert, wodurch diese im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unverhältnismäßig benachteiligt sind.

Burundis Gesellschaftsstruktur: Glaube, Geschlecht und „Anstand"

Die burundische Gesellschaft ist patriarchal strukturiert, und Geschlechternormen werden streng durchgesetzt. Von klein auf lernen Kinder, was von ihnen auf Grundlage ihres zugewiesenen Geschlechts erwartet wird. Frauen* sollen die Eigenschaften verkörpern, die eine „richtige" Ehefrau* ausmachen: Kinder gebären, den Haushalt führen und das Wohl der Familie sichern. Von Männern* wird erwartet, zu heiraten, eine Familie zu gründen und die Fortführung ihrer Linie zu gewährleisten. Männer*, die unverheiratet bleiben, gelten häufig als unreif und für verantwortungsvolle Aufgaben ungeeignet. Auch unverheiratete Frauen* stehen unter enormem gesellschaftlichem Druck; ihr Single-Status wird oft als Zeichen von Unzulänglichkeit gedeutet, als hinge ihr Wert und ihre Erfüllung ausschließlich von Ehe und Familie

ab. Jede Abweichung von diesen streng heteronormativen Rollen wird als Schande, Verrat an der Familienehre und völlig inakzeptabel angesehen.

Religiöse Überzeugungen verstärken diese gesellschaftlichen Normen weiter. Etwa 80–90 Prozent der Burundier*innen identifizieren sich als Christ*innen, die restlichen 10 Prozent gehören dem Islam an. Viele religiöse Autoritäten verurteilen Homosexualität regelmäßig als Vorbote des Unheils, Beweis für moralischen Verfall oder göttliche Warnung vor einer drohenden Apokalypse. Solche Erzählungen nähren Vorurteile und rechtfertigen sie, was sowohl zu verbalen, als auch körperlichen Angriffen auf queere Menschen führt. Einige Eltern gehen sogar so weit, ihre Kinder aus dem Haus zu werfen, sobald sie deren sexuelle Orientierung entdecken – im Glauben, ihre Anwesenheit würde die Familie „verfluchen" und Unglück bringen.



Unsichtbare Aktivist*innen und Resilienz

Von außen mag es fast unmöglich erscheinen, dass LGBTIQ-Aktivismus in einem derart feindseligen Umfeld überleben kann. Doch allen Umständen zum Trotz hat sich ein entschlossenes und widerstandsfähiges Netzwerk von Aktivist*innen gebildet. Was Anfang der 2000er- Jahre als einzelne Organisation begann, ist heute auf etwa dreizehn aktive Gruppen angewachsen.

Eine zentrale Säule dieser Bewegung ist das Gemeindezentrum; ein wichtiger Ort, an dem Menschen Zugang zu Gesundheitsversorgung, psychosozialer Unterstützung und Hilfe bei der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung erhalten. Seit 2015 wurde dieses Zentrum jedoch viermal unangekündigt von Behörden besucht, jeweils unter fadenscheinigen und nicht dokumentierten Vorwänden. Diese Kontrollen führten mitunter zu erzwungenen Schließungen von bis zu drei Monaten und unterbrachen damit die Versorgung einer ohnehin schon gefährdeten Gemeinschaft.

Da Homosexualität vom Staat als Bedrohung der nationalen Sicherheit eingestuft wird, konnte sich keine LGBTIQ+-Organisation offen beim Innenministerium registrieren lassen. Gruppen sind gezwungen, im Verborgenen oder mit alternativen Mandaten zu agieren, was ihre Fähigkeit einschränkt, transparent zu arbeiten, Allianzen mit der breiteren Zivilgesellschaft zu bilden oder sich an offener Interessenvertretung und politischem Dialog zu beteiligen.

Der Missbrauch des Strafrechts hat zu schwerwiegenden Ungerechtigkeiten geführt. Am 23. Februar 2023 wurden 24 junge Menschen in Gitega, der politischen Hauptstadt, verhaftet. Sie waren Mitglieder einer gemeinnützigen Organisation zur HIV/Aids-Prävention und nahmen an einem Seminar teil, als ihnen vorgeworfen wurde, homosexuelle Praktiken auszuüben und zu fördern, unter anderem durch die angebliche Bezahlung von Jugendlichen für solche Verhaltensweisen. Diese Anschuldigungen waren völlig haltlos und durch keinerlei glaubwürdige Beweise gestützt, dennoch wurde das Strafgesetzbuch zur Rechtfertigung ihrer Verhaftung herangezogen. Trotz fehlender Beweise blieben sie über ein Jahr in Haft. In solchen Fällen genügt jede noch so indirekte Verbindung zu Homosexualität, um Menschen ihrer Grundrechte zu berauben. Allein die Erwähnung des Wortes scheint verfassungsmäßige Garantien wie das Recht auf ein faires Verfahren, die Meinungsfreiheit und das Recht auf ein gerechtes Gerichtsverfahren außer Kraft zu setzen. Queere Menschen sind willkürlicher Machtausübung und grassierender Diskriminierung schutzlos ausgeliefert

In der Folge dieser Ereignisse setzt der aktuelle Präsident Evariste Ndayishimiye, Mitglied der herrschenden CNDD-FDD-Partei, die anti-LGBT-Rhetorik seines Vorgängers fort. In einer seiner Reden forderte er die Bürger*innen auf, Homosexualität aktiv zu verurteilen: „Ich bitte alle Burundier*innen, jene zu verfluchen, die sich der Homosexualität hingeben, denn Gott kann das nicht dulden. Sie müssen verbannt und als Ausgestoßene in unserem Land behandelt werden."

Der Parteivorsitzende ging sogar noch weiter und bezeichnete Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen als Fluch für die Nation und lebensunwürdig. Er schlug vor, sie zu Tode zu steinigen, um das Land zu „säubern". Diese offene Befürwortung von Gewalt hat das ohnehin schon feindselige soziale Klima weiter verschärft und ist in viele Bereiche des täglichen Lebens eingedrungen. Diese extremen Äußerungen spiegeln nicht nur bestehende Vorurteile wider; sie legitimieren es und bestärken diejenigen, die queeren Menschen schaden wollen – was die täglichen Kämpfe der LGBTIQ-Gemeinschaft in ganz Burundi noch verstärkt.

Sündenböcke, Armut und die Politik der Ablenkung

Meiner Meinung nach dient diese obsessive Fokussierung auf Themen wie Homosexualität in einem Land wie Burundi, das zu den ärmsten der Welt zählt, mindestens zwei Zwecken. Zum einen verstärkt sie die tief verwurzelte Intoleranz gegenüber LGBTIQ-Menschen und festigt deren Außenseiterrolle. Zum anderen lenkt sie wirkungsvoll von den dringlichsten Problemen des Landes ab.

Indem sie sexuelle Minderheiten zu einem moralischen „Problem" stilisieren, lenken politische Führungskräfte die Aufmerksamkeit von Problemen wie extremer Armut, Ernährungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit, unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen und schwacher Regierungsführung ab. Mangels echter Strategien zur Bewältigung dieser strukturellen Probleme wird das Schüren von Sündenböcken zu einem bequemen politischen Werkzeug: Es bietet einen fertigen „Feind" und ein falsches Gefühl nationaler Einheit, das auf geteilter Feindseligkeit beruht.

Während diese Taktik kurzfristig öffentliche Unterstützung mobilisieren oder Kritik ablenken mag, lindert sie nicht die täglichen Härten, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist. Im Gegenteil: Sie verschärft das Leid auf zwei Ebenen – sie intensiviert die Verfolgung queerer Menschen und lässt die breite Bevölkerung weiterhin ohne wirksame Lösungen für die sozioökonomischen Krisen zurück, die ihr Leben bestimmen.

Hoffnung bewahren

Trotz der enormen Herausforderungen ist die Bewegung nicht verschwunden. Sie wächst weiter – leise, vorsichtig, aber beständig. Die Organisationen haben bemerkenswerte Resilienz gezeigt und passen ihre Strategien, Programme und Gemeindearbeit kontinuierlich an, um in einem Umfeld zu navigieren, das sowohl instabil als auch offen diskriminierend ist. Ihre Fähigkeit, unter solchen Bedingungen zu bestehen, ist äußerst inspirierend. Sie nährt die Hoffnung, dass diese Gruppen mit der politischen, finanziellen und moralischen Unterstützung, die sie dringend benötigen, nicht nur überleben, sondern gedeihen können. Dadurch werden sie noch besser in der Lage sein, auf die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften zu reagieren und sich eine Zukunft vorzustellen und aufzubauen, in der Regenbögen nicht länger im Schatten verborgen bleiben müssen.

Alexandra Munezero ist eine Menschenrechtsaktivistin und arbeitet für die African Queer Youth Initiative.

Climate Justice von Dhel

CLIMATE CHANGE IS AN LGBT ISSUE

Landslides in Bududa, evacuation efforts,

first safety is police post.

Officer towers over me, he wont let me through.

Are you a she or a he?

Why Officer? does it matter?

Womxn like you, i don't like much.

CLIMATE CHANGE IS AN LGBT ISSUE

Downtown Kampala,

I feel dehydrated from the March sun.

I can feel a sweat bead trickle down my back.

I need to catch some shade.

I feel my pants sagging and think twice.

Will any shop let me rest at their Verander?

Will I be welcome to catch my breath by the roadside?

It's safer to keep walking.

My very existence is a crime.

CLIMATE CHANGE IS AN LGBT ISSUE

I pray it doesn't flood when it rains.

Our shelter is in Bwaise

It's the natural swimming pool of Kampala

A joke they make every time it rains

Rain rain go away, your wrath renders me homeless.

I have no home when my shelter home ceases to be one.

Dieses Gedicht wurde bereitgestellt von der Farug Initiative – aus ihrer Veröffentlichung Lesbian Diaries

